















Deffensausfluß hat aber die Zahlungsmittel verweigert. (Beifall.)

Zur Jaderfrage erklärte Staatssekretär a. D. Müller, daß die Jaderwirtschaft das größte Kapitel in der deutschen Ernährungsfrage sei. Deutschland war früher das reichste Jaderland. Im Jahre 1913 führten wir 1 000 000 Tonnen Jader aus. (Schr. hört.) Jetzt ist die Jaderproduktion fast ganz eingegangen. Wir müssen uns in eigenen knappen Rationen helfen. Wir müssen Zucker aus der Tschechoslowakei kaufen und geben dafür 2000 Eisenbahnwagen hin. (Lebh. Schr. hört.) Das ist so ziemlich das Unvermögen, was man überhaupt tun konnte.

Bei der Brotfrage äußerte sich Baitzsch die Befürchtung, daß Brotgetreide und Kartoffeln in großen Mengen veräußert werden. Das Ernährungsministerium läßt die Verbraucher nicht genügend zu Worte kommen. Die Verbraucher können dort mehr gehört zu werden. Das muß einmal deutlich erklärt werden.

Chefsekretär Bernhardt: Es muß eine planmäßige Veranschlagung eingerichtet werden, daran fehlt es. Der Unterhaushalt schlägt vor, daß im Bedarfsfälle ausländisches Getreide eingeführt werden soll. Das ist selbstverständlich. Nun soll der Mehrpreis den Verbrauchern nicht durch Erhöhung des Brotpreises aufzuerlegt werden, sondern er soll aus der Reichskasse gedeckt werden. Das ist eine demagogische Wahrheit. Das kann nur der Reichstag beschließen, aber nicht der Reichswirtschaftsrat, dazu dürfen wir uns nicht hergeben.

Staatssekretär a. D. Müller: Der Brotpreis hat sich auf den Getreidepreis auf. Wird der Brotpreis nun erhöht, so gehen die Selbstverarbeiter frei aus, d. h. alle Landwirtschaft treibenden Kreise. Unsere Regelung ist also ein Gebot der Gerechtigkeit.

Reichstagsabg. Gebhart: Wir Landwirte sind der Meinung, daß wir beim Brotgetreide die Zwangswirtschaft nicht aufheben können. Wir haben bereit, mit den Konsumenten einen gerechten Ausgleich zu suchen.

Abg. Imbreit: Die Landbaubereitende sind durch Tarifverträge festgelegt. In einzelnen Bezirken, wo sie sehr hoch sind, wird eine Revision stattfinden.

Chefsekretär Bernhardt: Man darf nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob etwas billiger verteilt werden kann, als es produziert wird.

Abg. Baitzsch: Das Brot darf nicht verteuert werden. Für kinderreiche Familien wäre das eine Katastrophe. Die hohen Meißpreise haben schon jetzt große Unruhe in der Arbeiterschaft erregt. Soll das Brot 9 bis 10 Pf. kosten? Das ist unmöglich.

Reichstagsabg. Hugo Stinnes: Rogel-Strahlkoststoff wollen wir nicht treiben. Wenn wir die bisherige Preispolitik fortsetzen, wird der Wert der Mark nicht weiter sinken. Die bisherige Produktionspolitik mag populär sein, sie ist aber durchaus unlogisch. Der Ausschuß sollte sich über die Getreidepreise informieren. Die Anlieferung von Getreide ist sehr schlecht. Der Getreidepreis muß den Produktionskosten entsprechen. Es ist ein untaugliches Mittel, wenn die Mehrkosten der Reichskasse aufzuerlegt werden sollen. Das können wir als Reichswirtschaftsrat nicht mitmachen. So geht es keine sechs Monate weiter. Wir müßten für die Erzeugung genügender Auszubehälter sorgen, damit die Mark eine andere Zahlungsart bekommt, sonst kommen wir zum Warenaustausch unter Auszahlung des Geldes.

Dr. Hartung: Der einzige Weg der Rettung ist: Mehr arbeitend! Heraushebung der Arbeitszeit auf 8 bis 9 Stunden.

Die Beschlüsse des Interkommunales werden bekräftigt. Der Mehrpreis für ausländisches Getreide soll also aus der Reichskasse gedeckt werden.

Bei der Milchfrage wendet sich Abg. Stinnes dagegen, daß der heimischen Landwirtschaft die Unkosten des Einkaufs ausländischer Milch zur Last gelegt werden, wie es vielfach im Westen geschieht. Es ist keine Volkswirtschaft, wenn man 3 Pf. aus fremdem Milch für 4 oder 5 Pf. den Liter einkauft, die man zu 2 Pf. im Inlande produzieren könnte.

Der Ausschuß stimmt ferner einem Antrage zu, wonach die Einfuhr von Pflanzern bei nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Nach einem weiteren Beschlusse sollen jährlich 400 000 Gekaffee zur Einfuhr freigegeben werden. Die Kaffeeerzeugerländer sollen ausreichend mit Rohstoffen beliefert werden.

Es folgte dann die Beratung einer Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsstörungen und Stilllegungen. Die Verordnung sieht eine Anordnungsfrist für den Abschluß von Betriebsstörungen und Stilllegungen eines Betriebes fest. Sie bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Bergbauwesens, sofern in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeige ab läuft eine Sperrefrist von vier Wochen im Falle der behördlichen Stilllegung und von sechs Wochen bei Abbruch. Während dieser Zeit darf in den Betrieben keine Aenderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden.

Staatssekretär Hirschfeld empfiehlt die Verordnung, die einer Anregung des Reichswirtschaftsrates ihr Entstehen verdankt.

Staatssekretär Hirschfeld fährt fort: Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium hat sich bemüht, daß hier ein harter Eingriff in das Eigentumsrecht erfolgt. Wir müssen aber Mittel finden, um die Weiterführung der Betriebe unmöglich zu machen. Wo eine Stilllegung nicht zu vermeiden ist, müssen die freizubehaltenden Materialien nutzbringende Verwendung finden. Eine Meldung an das Reichswirtschaftsministerium ist vorzulegen, um zu vermeiden, daß vertrieben ständige Interessen vor allgemeine Interessen gestellt werden. Die Maßnahmen sollen möglichst bald in Kraft treten. Abg. Imbreit schlägt eine Nachprüfung der Verordnung in einem Interkommunales von neun Mitgliedern vor. Beherrschend sei die letzte Aenderung der Verordnung an die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Staatssekretär a. D. Müller teilt mit, daß an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet worden ist, in dem Auskunft über die Gründe verlangt wird, aus denen kein Gutachten in zwei Fällen unbedeutet gelassen sind.

Es folgte dann die Beratung eines Antrages, der die Reichsregierung ersucht: 1. in Frage der Anliegerhebung in West-, Süd- und Mitteldeutschland die größtmögliche Aufmerksamkeit zu schenken; 2. alle Aufstellungen und Maßnahmen des Süds- und Südsüdwestens Länder, die dem Geiste des Reichsregierungsgesetzes widersprechen und die häßliche Vererbung gefährden, reichsrechtlich zu verhindern oder aufzuheben; 3. sachdienliche Aufstellungen der öffentlichen Meinung und der maßgebenden Vertreter der Landbevölkerung in West-, Süd- und Mitteldeutschland über die Siedlungsfragen und die Siedlungsbedingungen, überhaupt die volkswirtschaftlich lebenswichtigen und höchstwertigen Gutachten für die Sied-

linge Maßverteilung mit Brotgetreide, Milch und Kartoffeln zu erhalten.

Dr. Cranq begrüßte den Antrag.

Der Redner, der Vertreter des Reformbundes der Gutshöfe, weist darauf hin, daß das gesetzgebende Vorgehen in der Siedlungsfrage wenig glücklich sei. Der kleinbäuerlichen Bodenbesitzung wird Tor und Zü geöffnet. Unsere Wirtschaftsbetriebe werden aufs höchste bedroht. Was im Westen an Neubesiedlungen geschaffen ist, hat sich leider bewährt. Die west- und süddeutschen Betriebe bedürfen eines starken Schutzes; da sollte der Reichswirtschaftsrat helfen.

Abg. Müller-Minden empfiehlt ein Antrag, durch den unter Erhaltung des Geistes des Reichsregierungsgesetzes den Auswärtigen dieses Gebietes abgehoben werden soll. Der Ausschuß legt die Belohnungslage über diese Anträge für heute aus. Nach Süddeutschland soll eine Studienkommission zur Prüfung der Verhältnisse entsandt werden. Die Frage der Förderung von Zielsetzungen in deutschen Betrieben durch die Entlastung soll Gegenstand der Besprechung in einer der nächsten Sitzungen gemacht werden.

Nächste Sitzung Montag, den 11. Oktober, vorm. 10 Uhr.

### Von den Antimilitaristen ermordet.

Der bekannte Sozialist Dr. Magnus Hirschfeld, der vor einigen Tagen in München während eines Vortrages über die Steinische Verjüngungstheorie von antimilitaristischen Studenten verprügelt wurde, ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

So lautet die kurze Zeitungsnote, die jetzt durch die Presse geht. Was belagt sie? Ein anerkannter Gelehrter, ein wissenschaftliche Autorität, ein Mann der sich auf seinem Forschungsgebiete außerordentlich verdient gemacht hat, wird von antimilitaristischen Schülern zu Tode geprügelt. „Von Studenten“ sagt der Zeitungsbericht, also von Leuten, die die berühmten Vertreter deutscher Kultur sein müßten. Muß nicht ganz Deutschland erziehen, diese Kulturtäger, muß das Ausland nicht mit Recht sagen, daß wir ein barbarisches Volk sind? Muß sich das deutsche Volk noch länger die Blutergüsse einer Bourgeoisgruppe gefallen lassen, die ihre eigene Schande durch Verfolgung wehrloser Juden abzumalen versucht, die selbst nicht da vor zurückzujagen, Wortbraten zu begehen? Wo soll denn noch die

## Jeder aufgeklärte Arbeiter liest und wirbt für die Volksstimme!

Reise hinaus, wenn hier nicht endlich der gemeinname Kampf gegen diese antimilitarischen Reden- und Renegatredenden Weichen stellen müßte! Diese arisch-germanischen Weichen sind mit ihnen zu machen? Das deutsche Volk und die deutsche Nation, das ist es, was in der Welt zu rufen. Wo ist der einmütige Protest aller Gelehrten und insbesondere aller Universitätslehrer gegen das schmachvolle Unwesen antimilitarischer Studenten, die nicht nur in München ihren Sitz haben? Auch wir in Halle haben ja nicht genügend eine Probe testamentarischer Judenheiler bekommen. In Verammlungen, auf der Universität, selbst im Theater haben diese Leute sich auszuwirken und werden in ihrer verheerenden Tätigkeit emsig unter uns durch das Organ der Judenreiter, der „Halleischen Zeitung“. Wir fragen, sollen diese antimilitarischen Gemeinheiten noch länger die Welt verunstalten dürfen? Sollen bei uns politische Verhältnisse möglich sein? Sollen die deutsche Proletariat wird den testamentarischen Vorfahren noch mehr als bisher auf die Finger legen müssen und wird dabei die lausdrückliche Unterstützung der Sozialdemokratie finden. Die deutsche Arbeiterkraft wird also die Hüterin der deutschen Kultur aufzutreten gegen diejenigen, die sie vor der ganzen Welt in Dreck ziehen. Weg mit den antimilitarischen Sägern und Mördern!

Von Dr. Magnus Hirschfeld gibt unsere Münchener Parteigruppen vor einigen Tagen folgende Auskunft zu, die ein Bild von dem Abscheulichen gibt:

„Nach meinem Antritte in München wurde mit von mir persönlichem Stillsitzen, es sei von antimilitarischer Seite ein Anschlag gegen meinen Vortrag und meine Person geplant. Ich begreife mich darauf zu der Gütlichen Konzeption, die den Vortrag veranlaßt hätte, sowie zur Vollziehung, um das Schicksal zu vermeiden.“

Auf der Straße wurde ich lediglich von einer Personennamen umringt, die ich mit schwerer Mühe auszuweichen. Auf Rat meiner ortskundigen Begleiter nahm mich die Richtung nach der nahen Reiner Straße, um dort möglichst in einem Hofe unterzukommen. Auf dem Wege dorthin empfing ich bereits ummeist der Menge in der Fächerform der kleinen Steinmännchen in den Händen und am Kopf, an der der Feind erntet und Tüchlein, welche mich jemand zu Fall zu bringen, indem er mich hinten ein heftiges Instrument um mich herum legte und darauf zu. Ich konnte mich Widerstand leisten. Gleich darauf, an der Ecke der Straße, wurde ich von vorn umarmt, während von hinten mit weiterer Wucht größere Schläge auf Schwelbe und Hüfte niederbrachen. Beim dritten Schlag verlor ich das Bewußtsein und sank zu Boden, um erst in der stürmischen Klinik wieder zu mir zu kommen. Es wurde hier außer harten Wunden am Hinterkopf und Rücken eine Gehirnerschütterung festgestellt. Dieses hat sich dann durch Behandlung bereits vollständig zurückgebildet.“

Wie wenig die Leute, die mich verurteilten, mich konnten, ging aus ihrem Benehmen hervor: eine laute: „Der hat 150 Menschen mit Schimpfen geschlagen!“ eine andere: „Der hat die Götter mit dem Deutschen geschlagen!“ Da habe ich, als ich diese Worte hörte, an zwei in meine Worte: „o Herr, similes und tempora mutantur, die Zeiten ändern sich, denn in München war es, so ich vor 30 Jahren als Schüler in dem entmenslichen, geistlichen Unrecht von Geheimrat v. Kupffer die ersten Anweisungen für meine Forschungen auf dem Gebiete der interjünglichen Varianten entwerfen konnte.“

Staatsrat Dr. Magnus Hirschfeld.

Ein deutscher Jagdflug über den Wälderbund.

Stadthof, 8. Oktober. Donnerstag abend hielt Professor Walter Schuecking auf Einladung der Gewerkschaften in der Wälderbund einen Vortrag über den Aufbau des Wälderbundes, dem Staatsminister Branting, Außenminister Palmsterna und der deutsch-österreichische Kabinetsminister, Prof. Schuecking führte aus, der Wälderbund ist keine ideale Verwirklichung, aber im Gegensatz zur heiligen Alliance doch riesig, bewährlich und anpassungsfähig. Sein wirtschaftlich-juristisches, politisches, aber erst und vornehmlich sei die aufrichtige Universalität und Demokratisierung des Wälderbundes, die am Besten zu erreichen seien durch Begründung eines Interparlamentes. Vorwiegend sei weiter eine Besondere Veranstaltung des Reichsgebändens. Der Krieg als Rechtsmittel müsse überhaupt verschwinden. Das vom Conseil an die Staaten verordnete Statut für den Wälderbundeshof sei ein unannehmer Fortschritt und zahlreicher als der deutsche Entwurf, der in Versailles überreicht wurde. Notwendig sei auch, daß kein politisches Komitee für den Conseil einen unabhängigen internationalen Vermittlungsamt unterbreitet wird. Ferner müsse der Wälderbund ausgebaut werden zu einer internationalen Kulturvereinschaft, die auch die iberischen Güter der Menschen unter ihren Schutz nimmt. Ob das erreichbar sei, sei nur eine Frage des fittlichen Willens der Völker. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

### Unfinnige Gerüchte in der englischen Presse.

Wie den „A. P. N.“ mitgeteilt wird, enthält „Evening News“ vom 7. 10. die Nachricht, daß Deutschland bereit sei, gegen Frankreich bedenklich zu stehen. Die Kostenabgabe an

Das ist ein großartiges Blatt, das nicht nur seinen Lesern klar, beherzige, aber auch tendenziöse Nachrichten wiederzugeben und mit völlig unrichtigen Betrachtungen über die deutschen Lebensmittelmittel zu versehen, ist leider heutzutage immer noch nichts Ungewöhnliches. Die Nachricht klingt wie ein billiger Scherz über die erste Lage Deutschlands, dem zugewandt wird, in dem Augenblick, wo es nichts zu essen hat und wo seine Anbauten freier müssen, für seine wichtigsten Rohstoffe französische Weine auszuwandeln, die es entziehen kann.

### Freier Wirtschaftslegen in Ostpreußen.

Von zulässiger Seite erfahren wir: Die Sonderlage Ostpreußens, das durch den polnischen Korridor von dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet des Reiches abgetrennt ist, zeitigt seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Meißel und Weiz, die am 1. Oktober erfolgt ist, besondere Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde ist eine ostpreussische Deputation von Vertretern der Städte, der Verbauher, besonders aber der Gewerkschaften und Angehörigen, vom Handelsministerium und der Provinzialstelle nach Berlin. Sie hat unter Führung des kommissarischen Oberpräsidenten Doktor Günther Grämel vom Königsberger Oberpräsidium am Freitag bei dem preussischen Staatsminister für Volksernährung und bei der Reichsstatthalterei Wälschlagin vorgetragen, daß unter finanzieller Kontrolle der ausgeführten Viehmengen dem Oberpräsidenten von Ostpreußen das Recht eingeräumt zu werden, Ausfuhrbeschränkungen dann durchzuführen, wenn eine Lebensgefahr für die Erhaltung des ostpreussischen Viehbestandes im Spiel ist. Wie hat weiter darum gebeten, als Empfehlung für das ostpreussische Vieh aus schließlich den Zentralviehhof in Berlin zu bestimmen, damit eine Kontrolle über das Eintreffen der abgeordneten Viehmengen bei einem einzigen Empfänger besteht und damit Verfügungen im polnischen Korridor leichter festgestellt werden können. Ostpreußen hat bei den Viehlieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrages, wie die Berliner Stellen in der heutigen Berichterstattung anerkannt, sogar noch für andere Provinzen deren Kontingent an Vieh mitgeliefert. Es wird sich nun darum handeln, der Provinz zu ermöglichen, einem Ausverkauf ihrer Viehbestände vorzugehen. Natürlich muß durch die zu treffenden Maßnahmen die Gewähr gegeben sein, daß Ostpreußen alle entbehrliche Schlachtvieh nach den Bedarfsgebieten des Reiches abfließen.

### Protestation der U. S. P. D. in Berlin.

U. S. P. D., 10. Oktober. Der Parteivorstand Berlin. Branting, der U. S. P. D. veranstaltete heute in 15 Kolater Groß-Berliner Protestversammlungen mit der gemeinamen Tagesordnung: Die Reaktion im preussischen Landtag und das neue Groß-Berlin.“ An den Kundgebungen, die ohne größere Störungen verliefen, nahmen etwa 20 000 Personen beiderlei Geschlechts teil. Gut besucht waren nur die im Norden der Stadt gelegenen Säle, in der Weststadt der Versammlungslokalität zählte man nur einige hundert Personen. Es sprachen u. a. Paul Hoffmann, Dr. Wehl, Frau Dr. Wehl, Richter, Zimmermann und Salsbarth. Man forderte, daß sowohl die Wahl der behobenen Stadträte wie auch die Wahl Dr. Löwensteins durchgeführt werde. „In den mehr oder minder heftigen Debatten wurde den Parteiführern vorgeworfen, daß nur allen Dingen sei nicht auf dem Posten geblieben. Sie hätten ihre Aufmerksamkeit mehr den Bergängen im Roten Saal als der Dritten Internationale widmen sollen. Unruhen und Unzüge auf den Straßen haben nirgends stattgefunden.“

### Wie sich die Anhängen äußern.

Das schließt am den Moskauer 21 Punkten ist für die Unabhängigen, die sie gewonnen werden, die Wahrheit zu sagen. Sie müssen erkennen, daß das Land der Kreditnatur eine Hölle ist, grünlich abrotzen, daß auch ihre eigene Arbeiterzersetzung am Pranger ist.

Die Kommunisten hatten die italienischen Unabhängigen sofort angegriffen, weil sie angeblich eine revolutionäre Bewegung des italienischen Proletariats barometrisch abgelesen hätten. Darauf erwiderte bis Berliner Freiheit, daß eben mehr in Augenblick in Italien nicht herausgehoben werden wäre; aber immerhin seien die Betriebsräte durchgehenden und Lohnverbesserungen erzielt. Als wir Sozialdemokraten das gleiche in D. u. S. d. u. S. d. erreicht hatten, haben die Unabhängigen über Verrat geschrien. Jetzt müssen sie wieder erkennen, daß es sich um wirkliche Ertrugenshöfen für Arbeiter handelt. Ach ja, das schließt am dem Streit um Moskau ist für die Unabhängigen, daß er sie zwingt, die Wahrheit zu sagen und sich selbst in ihren eigenen niedrigen Demagogie, die sie getrieben haben, zu entstellen.

Stammesliste: Frau Fritsch, Parteivorstand und Gemeindeführerin Frau Fritsch, für das Stadtrats- und Wahlkreisamt Berlin; Frau Fritsch, für die übrigen redaktionellen Redaktionen; Frau Fritsch, für die übrigen redaktionellen Redaktionen; Frau Fritsch, für die übrigen redaktionellen Redaktionen.